LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN **Drucksache 14/8869**
14. Wahlperiode

24.03.2009

Antrag

des Abgeordneten Rüdiger Sagel - fraktionslos -

Sicherung des Automobilstandorts Bochum

Die aktuelle Krise der Automobilindustrie und der Automobilzulieferer trifft besonders die Opelwerke in den vier Bundesländern Nordrhein- Westfalen, Hessen, Rheinland- Pfalz und Thüringen.

Durch die Krise des Mutterkonzerns General Motors, welcher bereits seit 2005 Verluste in Milliarden-Höhe schreibt, sind die vier deutschen Standorte von Insolvenz bedroht.

Das vorgelegte Sanierungskonzept enthält keinerlei Perspektivvorschläge zur Standort- und Beschäftigungssicherung.

Die Hoffnungen des deutschen Autoherstellers Opel auf staatliche Unterstützung in den USA haben erneut einen Dämpfer erhalten. Führende Gläubiger des krisengeschüttelten amerikanischen Opel-Mutterkonzerns General Motors (GM) haben massive Zweifel an dessen Sanierungsplänen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Hilfszusicherungen weiter daran geknüpft, dass das Sanierungskonzept der Mutter in Detroit zukunftsfähig ist. Zudem setzt die Bundesregierung auf eine weitestgehende Loslösung Opels von GM sowie auf den Einstieg eines Investors. Union und FDP wollen einen direkten staatlichen Einstieg bei dem Autohersteller vermeiden. Deshalb soll ein Investor gefunden werden.

GM hat sich über Anleihen bei Investoren am Kapitalmarkt 27 Milliarden Dollar beschafft. Die Gläubiger befürchten nun, im Fall einer Pleite leer auszugehen. Es sei unklar, ob der Sanierungsplan GM tatsächlich vor der Insolvenz bewahren könne. Auch die Arbeitnehmerseite soll für weitere Zugeständnisse Anteile am Konzern bekommen, erzielte darüber aber bisher keine Einigung mit GM. Der Sonderberater der Regierung für die Autobranche, Steve Rattner, kritisierte die GM-Gläubiger als weniger konstruktiv als die Gewerkschaften. Am 31. März läuft die Frist für GM ab. Der Autokonzern muss der US-Regierung laut dem bisherigen Zeitplan bis dahin ein endgültiges Sanierungskonzept vorlegen. Auf dieser Basis will die Task- Force der US-Regierung Präsident Barack Obama eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen bei GM geben. Die Bandbreite reicht von Staatshilfen über insgesamt bis zu 30 Milliarden Dollar bis hin zum Insolvenzverfahren - mit Ungewisser Auswirkung auf die deutsche Tochter Opel.

Datum des Originals: 24.03.2009/Ausgegeben: 24.03.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Aufgrund der aktuellen Situation stellt zur kurz- und mittelfristigen Sicherung aller vier Opel-Standorte die Bildung eines Bundeskonsortiums und die Gründung einer gemeinsamen Firma OPEL eine zukunftsfähige Alternative zu den Plänen von GM dar.

Die NRW-Landesregierung wird aufgefordert, nachstehende Maßnahmen zur Sicherung des Automobilstandorts Bochum sowie zur Gründung einer Firma „OPEL“ unverzüglich einzuleiten und umzusetzen:

1. Aufnahme von Verhandlungen mit den Landesregierungen der drei weiteren betroffenen Bundesländer, um Kaufvarianten zur Herauslösung der Opelwerke aus dem GM- Konzern vorzulegen.

2. Gründung eines Konsortiums aus den betroffenen Bundesländern Nordrhein- Westfalen, Hessen, Rheinland- Pfalz und Thüringen sowie Einbringen von Beteiligungen bei Opel, um mindestens die Sperrminorität zu erlangen mit dem Ziel, Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftsfähig, d. h. sozial, ökologisch und nachhaltig zu entwickeln.

3. Umwandlung der Marke „Opel“ in ein Unternehmen „Opel“ als Aktiengesellschaft oder GmbH, in welcher die vier Bundesländer eigentumsrechtlich beteiligt sind, als Voraussetzung für die Schaffung einer europäischen Lösung.

Rüdiger Sagel,